

Die Anfänge der Gaswirtschaft und der Ferngasversorgung in Dessau und Leipzig (1855–1945)

Am 1. Juli besteht die VNG – Verbundnetz Gas AG 50 Jahre. An diesem Tag des Jahres 1958 wurde der Vorläufer der VNG, die Technische Leitung Ferngas (TLFG) Leipzig, gegründet. Wir wollen das Jubiläum zum Anlass nehmen, um die Entwicklung der gesamten ostdeutschen Gaswirtschaft nachzuzeichnen. In der ersten Ausgabe von **medium gas berichtet der Berliner Historiker Dr. Rainer Karlsch über die entscheidenden Etappen beim Aufbau der Ferngasversorgung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.**

In der Geschichte der deutschen Gaswirtschaft haben Ingenieure, Erfinder und Unternehmer aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine herausragende Rolle gespielt. So gehörten der Freiburger Professor Wilhelm August Lampadius (1772–1842) und der Dresdner Kommerzienrat Rudolf Sigismund Blochmann (1784–1871) zu den Pionieren des neuen Industriezweiges.

Weniger bekannt sind die Geschichten der im Osten Deutschlands gegründeten Firmen. Zu nennen sind vor allem die Deutsche-Continental-Gas-Gesellschaft, Dessau, die Thüringer Gasgesellschaft Gotha bzw. Leipzig und die Landesgasversorgung Sachsen AG, Leipzig. Diese Unternehmen begannen bereits Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Ferngasversorgung. Bis zu einem gewissen Grade konnte später der VEB Verbundnetz Gas auf ihre Leistungen aufbauen.

Die Deutsche-Continental-Gas-Gesellschaft

Die erste deutsche Gasfirma, die ähnlich der britischen Imperial Continental Gas Association auf dem gesamten europäischen Kontinent agieren wollte, wurde in Dessau gegründet.

Der ehrgeizige Plan zum Aufbau einer Gasfirma ging vom Direktor der Anhalt-Dessauischen Landesbank, Louis Nulandt, aus. Er konnte Baurat Hans Viktor von Unruh für eine Mitarbeit gewinnen, zumal dieser in Preußen einen schweren Stand hatte. Angesichts fortgesetzter politischer Repressionen in Preußen zog Unruh 1855 nach Dessau.

Mit Nulandt und Unruh als künftige Direktoren an der Spitze wagte ein vornehmlich aus anhaltinischen Unternehmern, Bankiers und Handwerkern

bestehender Kreis die Gründung der „**Deutsche-Continental-Gas-Gesellschaft**“ (DCGG) am 7. Mai 1855. Das Unternehmen errichtete zunächst in Dessau ein Gaswerk und versorgte die Stadt mit Gas für die Straßenbeleuchtung. Es ist sicher nicht übertrieben davon zu sprechen, dass mit der Gründung der DCGG die Industrialisierung Dessaus den entscheidenden Impuls erhielt.

Trotz eines guten Starts geriet das Unternehmen alsbald in wirtschaftliche Nöte. Eine aus den USA, über England auf den Kontinent überspringende Bank- und Handelskrise wuchs sich 1858/59 zur ersten großen Weltwirtschaftskrise aus. Insgesamt wurde die Gasindustrie von der Krise weniger hart getroffen als andere Branchen. Jedoch begannen die Spekulationsgeschäfte von Direktor Nulandt die DCGG zu belasten. Der Bankier hatte 1856 die Konzession zur Gründung der „Kreditanstalt für Industrie und Handel“ erhalten. Hauptziel der Bank war die Industriefinanzierung. Bei diesen Geschäften übernahm sich Nulandt allerdings, so dass die Bank Teile ihres Anlagenkapitals einbüßte. Auch die von ihm geleitete Landesbank manövrierte am Rande des Ruins. Nun begann Nulandt Teile der Gewinne der DCGG zum Stopfen der Kreditlöcher der Banken zu nutzen. Als dies herauskam, wurde er wegen des Verdachts auf Untreue seines Direktorpostens enthoben. Bankier Nulandt wusste keinen Ausweg mehr und nahm sich das Leben.

Unruh dürfte all dies mit Bestürzung gesehen haben. Er trat Ende 1856 von der Leitung der DCGG zurück und wandte sich wieder der Politik zu. Der DCGG blieb er bis 1886 als Aufsichtsratsvorsitzender verbunden.

Neuer Generaldirektor wurde Ingenieur Wilhelm Oechelhäuser (1820–1902), zuvor Bürgermeister von Mülheim an der Ruhr. Das war ein Glücksfall für das angeschlagene Unternehmen. Er sollte die Geschicke der DCGG 32 Jahre lang leiten.

Im Jahr 1880 verfügte die Dessauer Gesellschaft bereits über 17 Gaswerke und ein Aktienkapital von 15 Mio. Mark. Ihre Produktion belief sich auf 21,5 Mio. m³ Gas. Im Durchschnitt der 1880er Jahre konnten 11 Prozent Dividende je Aktien ausgeschüttet werden. Angesichts dieser erfolgreichen Entwicklung begann die DCGG Beteiligungen an Elektrizitätswerken und anderen Unternehmen zu erwerben. Dessau sollte über 100 Jahre ein Zentrum der Gasindustrie und -geräteherstellung bleiben. Als die DCGG nach 1945 zerschlagen wurde, wirkte ihre Tätigkeit noch so weit nach, dass die Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) „Energiebezirk West“ ihren Hauptsitz in Dessau nahm. Diese VVB bildete das Dach, unter dem die Technische Leitung Ferngas (TLFG) Leipzig, der Vorläufer des VEB Verbundnetz, im Februar 1958 gegründet wurde.

Thüringer Gasgesellschaft

Zum größten privatwirtschaftlichen Konkurrenten der DCGG entwickelte sich die Thüringer Gasgesellschaft (ThGG). Die Initiative zur ihrer Gründung ging 1863 vom Unternehmer Theodor Weigel aus, der bereits in Arnstadt über eine Konzession für ein Gaswerk und Verträge zur Übernahme der städtischen Gasbeleuchtung verfügte. Am 2. Juni 1864 erteilte Herzog Ernst von Sachsen-Coburg und Gotha die Genehmigung zur Gründung der Gesellschaft. Die vorsichtigen Gründungsväter setzten das Kapital der AG 1867 von 1 Mio. Taler auf nur noch 150 000 Taler herab und starteten lediglich mit zwei Gaswerken in Aschersleben und Bitterfeld. 25 Jahre später beurteilte Theodor Weigel diese Strategie kritisch: „Man dachte eben allzu solid; man begann das Geschäft in zu bescheidenem Umfang und mit zu kleinem Kapital.“

Ab 1871 trat die Thüringer Gasgesellschaft aus dem Schatten und begann eine lang anhaltende Phase der Expansion. Deshalb erfolgte 1873 die Sitzverlegung nach Leipzig. Die verkehrsgünstig gelegene Messestadt, zugleich wichtigster sächsischer Bankenplatz, bot günstigere Voraussetzungen für den Ausbau des Gasgeschäftes als dies

in Gotha der Fall war. Zudem hatte die Gesellschaft in Leipzig zwei Gasanstalten erworben.

Um 1890 verfügte die ThGG über 24 eigene Gaswerke sowie 4 Beteiligungen und versorgte 49 Städte mit mehr als 532 000 Einwohnern mit Gas. Die Gesellschaft wurde jetzt auch in Bayern, Preußen, Österreich und anderen Ländern tätig. Die ThGG funktionierte wie ein Konzern. So gab es in der Leipziger Zentrale eine einheitlich geregelte Buchführung und die technische Abteilung entwarf die Baupläne, Rohrnetzpläne usw. für alle Gaswerke. Die einzelnen Werke wurden von „Dirigenten“, „Inspektoren“ oder „Gasmeistern“ geleitet.

Die Anfänge der Ferngasversorgung

Bereits in ihren Anfangsjahren strebten die Gasanstalten danach, ihren Aktionsradius auszuweiten. Dafür bedurfte es jedoch neuer technischer Verfahren, um das Gas durch größere Leitungen pumpen zu können. Entscheidende technische Voraussetzungen für den Ferngastransport waren die Herstellung eines billigen Gases durch die Vergasung von Koks mit Wasserstoff, die Entwicklung nahtloser Stahlrohre, Fortschritte in der Schweißtechnik und die Einführung von Hochdruckverfahren zur stärkeren Pressung des Gases.

Am weitesten fortgeschritten war die Gasindustrie in den USA. Dort waren bei der Suche nach Erdöl auch große Erdgasvorkommen erschlossen worden. Als die Bohrungen in der Nähe der Produktionsstandorte versiegten, musste das Erdgas aus immer größeren Entfernungen heran geleitet werden. Um 1900 waren in den USA bereits 45 000 km Rohrnetze in Nutzung. Von solchen Dimensionen war die Gasindustrie in Europa, die ja überwiegend auf Steinkohle beruhte, noch Jahrzehnte entfernt.

Dennoch wurden die amerikanischen Erfahrungen aufmerksam studiert und gaben auch in Deutschland Projekten für den Aufbau von Ferngasnetzen Auftrieb. Die Grundlage dafür sollten so genannte Überlandzentralen bilden. Sie produzierten Gas für mehrere Gemeinden. Diese Werke arbeiteten mit Niederdruck, der gerade genügte, um bei verhältnismäßig kurzen Entfernungen das Gas in die Versorgungsgebiete zu transportieren.

Im Jahr 1904 begann die Thüringer Gasgesellschaft mit der Ferngasversorgung und die DCGG belieferte in der Provinz Sachsen 34 Gemeinden über

Fortsetzung von Seite 49

Die Anfänge der Gaswirtschaft und der Ferngasversorgung in Dessau und Leipzig (1855–1945)

ein Ferngasnetz. Den größten Umfang erreichte das Ferngasgeschäft im Umland von Berlin. Dort versorgte die britische Imperial Continental Gas Association mit ihren Gasanstalten insgesamt 500 000 Einwohner. Alle besagten Projekte wurden von jeweils einer Gesellschaft getragen, basierten auf der herkömmlichen Technologie zur Gaserzeugung und waren regional begrenzt.

Anders verhielt es sich mit den Bestrebungen der rheinisch-westfälischen Kohlenzechen. Hier kam erstmals der Gedanke der Verbundwirtschaft zum Tragen. Die Produktion der Zechen war ursprünglich ganz auf die Erzeugung von Hüttenkoks gerichtet. Weitsichtige Ingenieure erkannten aber die wirtschaftlichen Vorteile eines Kokereibetriebes mit großem Gasüberschuss. Ab 1905 begannen die Ruhrkohlenzechen mit dem Aufbau eines gemeinsamen Gasvertriebs. Dessen rascherem Ausbau standen die geschäftlichen Differenzen zwischen August Thyssen und Hugo Stinnes, die über eine Vielzahl von Kokereien verfügten, entgegen. Sie konnten sich nicht über ein gemeinsames Vorgehen einigen. Infolgedessen entstanden im Ruhrgebiet zunächst mehrere separate Ferngasnetze.

Ein landeseigener Ferngaskonzern in Sachsen
Weitreichende Pläne hegten auch sächsische Gasfachleute. Ihnen schwebte ein Ferngassystem für das Land Sachsen vor. Eine entsprechende Denkschrift wurde 1923 der Landesregierung vorgelegt. Das Projekt lief auf eine Sozialisierung der gesamten Gaswirtschaft in Sachsen hinaus. Ein solcher Gedanke war nicht ganz abwegig, da sich die meisten Gaswerke ohnehin in kommunalem Besitz befanden. Allerdings hätte die Erschließung schwach besiedelter Gebiete erhebliche Mittel erfordert. Ungeachtet dessen gründeten die Elektra AG, eine Tochtergesellschaft der in Landeseigentum befindlichen Aktiengesellschaft Sächsische Werke (ASW), und die Energie AG Markkleeberg im April 1928 die Landesgasversorgung Sachsen AG, Leipzig. Das landeseigene Unternehmen stieg rasch zum wichtigsten

Ferngasanbieter in Sachsen auf. Eine vollständige Sozialisierung der Gaswirtschaft gelang trotzdem nicht. Kleinere Ferngasanbieter, wie die Ferngaswerke in Annaberg und Rochlitz, behaupteten ihre Selbstständigkeit. Die Entwicklung in Sachsen, mit dominierenden Staatsbetrieben in der Energie- und Gaswirtschaft, blieb ein Sonderfall.

Noch ein anderer Wirtschaftszweig versuchte sich in die Ferngasversorgungspläne einzuschalten: der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau. Die Braunkohlenwerke wollten ihr Schwelgas für die Stadtgasproduktion verwerten. Allerdings mussten die technischen Voraussetzungen dafür erst noch entwickelt werden. Die mitteldeutsche Braunkohle war je nach Vorkommen von recht unterschiedlicher Qualität und wies einen hohen Wasser- und CO₂-Gehalt auf, was ihre Verarbeitung zu Stadtgas erschwerte.

Nach jahrelangen aufwendigen Experimenten gelang der Firma Lurgi mit der Sauerstoffhochdruckvergasung der große Wurf. Das Lurgi-Verfahren ermöglichte die Gasgewinnung aus Braunkohle im industriellen Maßstab. Die Landesgasversorgung konnte nunmehr aus der Not, in Sachsen nur über begrenzte Steinkohlenvorkommen zu verfügen, eine Tugend machen und begann erstmals in Deutschland, in Hirschfelde und später auch in Böhlen, Braunkohle für die Produktion von Ferngas zu nutzen.

Konkurrierende Ferngasprojekte

Ende 1926 stellte die Aktiengesellschaft für Kohleverwertung, Vorläufer der 1928 gegründeten Ruhrgas AG, einen Plan zum Aufbau eines nationalen Ferngassystems vor. Dieser stieß sofort auf heftigen Widerstand der kommunalen Gaswerke. Das konnte nicht verwundern. Im Jahr 1926 wurden im Ruhrgebiet ca. 6 Mrd. m³ Gas erzeugt, während die Erzeugung aller deutschen Gaswerke bei ca. 3 Mrd. m³ Gas lag. Eine komplette Umsetzung der Pläne der Ruhrzechen hätte also das Aus für die meisten städtischen Gaswerke bedeutet. Ein jahrelanger Streit über die Vor- und Nachteile der Ferngasversorgung folgte. Zwei große Interessengruppen standen sich dabei mit unterschiedlichen Konzepten gegenüber: die Ruhrkohlenzechen und die im „Deutschen Verein der Gas- und Wasserfachmänner“ zusammengeschlossenen Ingenieure und Wirtschaftler, die

eine Gruppengasversorgung in den einzelnen Revieren favorisierten.

Auch die ThGG trieb ihr Konzept zum Aufbau der Gruppengasversorgung voran. Ferngasprojekte kleinerer Dimension wurden von ihr im Obervogtland, in der Region um Schwarzenberg und im Harz begonnen. Selbst die Ostseebädervon Swinemünde bis Zinnowitz erhielten jetzt Ferngasanschluss. Der Direktor der ThGG, Dr. Westphal, begründete das verstärkte Engagement seiner Gesellschaft in der Ferngaswirtschaft wie folgt: „Gerade in Bezug auf das Anlage- und Betriebskapital ist bei der Errichtung kleiner und kleinster Werke viel gesündigt worden. Teils waren es die Bauinteressen der Firmen, teils persönliche Sonderinteressen der nicht immer sachlich beratenen kleinen Gemeinden, die zu solch einer Verschwendung von Volksvermögen geführt haben. In Sachsen (zwischen Schwarzenberg und Annaberg) sind nicht weniger als 14 Gaswerke im Umkreis von 10 km errichtet.“

Direktor Bruno Heck von der DCGG kommentierte das Vorhaben der Ruhrgas AG gegenüber den eigenen Aktionären mit bissigen Bemerkungen: „Um es in einer These zusammenzufassen, möchte ich Ihnen vertraulich mitteilen, dass für den Eingeweihten klar ersichtlich ist, dass die Art der Propagierung der Gasfernversorgung, wie sie von Essen aus und Umgebung geschieht, in der Hauptsache auf eine Verstärkung der Machtstellung des RWE-Syndikats herauskommt. Offenbar sind demselben wertvolle Zacken aus der Herrschaftskrone gefallen, die durch eine von Essen diktierete zentral zusammengefasste und letzten Endes monopolistische Gasfernversorgung ersetzt werden sollen.“ Heck beließ es nicht bei Worten, sondern strebte nun seinerseits den Aufbau eines Ferngasnetzes an. Die DCGG offerierte den Kommunalverbänden, der Provinz Sachsen sowie dem Land Anhalt den Plan eines auf Mitteldeutschland beschränkten Ferngasnetzes.

Ein entscheidender Schachzug gelang der DCGG durch eine strategische Kooperation mit der Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesch's Erben. Die Steinkohlenlieferungen aus Westfalen ermöglichten der DCGG den Bau einer hochmodernen Großgaserei in Magdeburg. Am 22. November 1930 begann der Dauerbetrieb. Das Werk konnte 400 000 t Kohle pro Jahr zu rund 150 Mio. m³ Gas

verarbeiten. Der Vertrieb erfolgte über die Gasversorgung Magdeburg-Anhalt AG (GAMANAG).

Für die Ferngasversorgung verlegte die GAMANAG eine Hauptdruckgasleitung. Die Trasse führte von Magdeburg nach Unterdükerung der Elbe an Dessau vorbei bis nach Wiederitzsch bei Leipzig. Von dort wurde die Fernleitung über Markranstädt im Bogen um Leipzig herum über Böhlen nach Zwickau geführt. Von dieser halbkreisförmigen Hauptleitung gab es Abzweigungen in verschiedene Richtungen des mitteldeutschen Industriegebietes. Eine zweite Leitung führte von Magdeburg in den Nordharz bis nach Bad Harzburg.

Das Ferngasgeschäft der DCGG bzw. GAMANAG konzentrierte sich hauptsächlich auf die preußische Provinz Sachsen. Im Jahr 1933 umfasste das Netz bereits 413 km Hochdruckleitungen zur Versorgung von 151 Städten und Gemeinden mit rund 1 Mio. Einwohnern. Ab 1938 wurde auch noch im Anschluss an das Hauptrohr südlich von Leipzig eine große Gasleitung von Merseburg über Weißenfels, Naumburg, Erfurt, Gotha bis nach Suhl zur Erschließung des thüringischen Raums gelegt. Weitere 200 Städte und Gemeinden erhielten damit Anschluss an das Ferngasnetz.

Mit dem Bau der Großgaserei Magdeburg begannen sich die Tendenzen der künftigen Entwicklung klar abzuzeichnen: wenige große Gasproduzenten würden über Ferngasleitungen einen großen Teil des Gasgeschäftes beherrschen. Wie ihre Essener Konkurrenten von der Ruhrgas AG, so hatten auch die Direktoren der DCGG die Vision von strahlenförmigen Gasnetzen, die weite Teile des Reichsgebietes erfassen sollten. Nimmt man die damaligen Karten mit den geplanten Routen heute nochmals zur Hand, so kann man unschwer erkennen, dass in der Gaswirtschaft auf Jahrzehnte voraus gedacht wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der ostdeutschen Gaswirtschaft keine „Stunde Null“. Man konnte auf den vorhandenen Strukturen aufbauen und nach Überwindung der Kriegsfolgen den Ausbau des Ferngasnetzes fortsetzen.

Dr. Rainer Karlsch (Berlin)

● In der nächsten Ausgabe lesen Sie einen Beitrag über „Sozialistische Gründerjahre: Technische Leitung Ferngas (TLFG), Schwarze Pumpe und einheimisches Erdgas (1945 bis 1973)“.

● **Zum Autor**

Dr. Rainer Karlsch studierte Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin und hat dort auch zum Dr. oec. promoviert. Er hat zahlreiche wirtschaftsgeschichtliche Veröffentlichungen verfasst bzw. herausgegeben, darunter „Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974“ (zusammen mit Raymond Stokes). Für sein Buch „Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53“ (1993) erhielt Karlsch 1996 den Ersten Preis der Stinnes-Stiftung. Derzeit arbeitet Karlsch anlässlich des 50-jährigen Bestehens der VNG an einem Buch über die Entwicklung der ostdeutschen Gaswirtschaft.

Sozialistische „Gründerjahre“: Schwarze Pumpe, TLFG und einheimisches Erdgas (1945–1975)

Am 1. Juli besteht die VNG – Verbundnetz Gas AG 50 Jahre. An diesem Tag des Jahres 1958 wurde der Vorläufer der VNG, die Technische Leitung Ferngas (TLFG) Leipzig, gegründet. Wir wollen das Jubiläum zum Anlass nehmen, um die Entwicklung der gesamten ostdeutschen Gaswirtschaft nachzuzeichnen. In der zweiten Ausgabe von „medium gas“ berichtet der Berliner Historiker Dr. Rainer Karlsch über die sozialistischen „Gründerjahre“ und die Eingliederung in das Gaskombinat Schwarze Pumpe.

Keine „Stunde Null“

Eine „Stunde Null“ gab es nach Kriegsende in der Gaswirtschaft nicht. Die Ferngasversorgung wurde bereits im Sommer 1945 wieder aufgenommen. Obwohl der Wiederaufbau noch bis Anfang der 1950er Jahre dauerte, diskutierten die Fachleute schon über den Ausbau der Ferngasversorgung. Die wichtigsten konzeptionellen Überlegungen kamen vom „Sachverständigenbeirat Gas“, dem u. a. solch erfahrene Fachleute wie Ing. Hermann Müller, Direktor der Deutsche-Continental-Gas-Gesellschaft (DCGG) und Georg Bock, Direktor des Gaswerkes Dresden-Reick, angehörten.

Müllers Konzeption sah die Bildung eines überregionalen Ferngasunternehmens für die gesamte DDR und den Bau mindestens eines weiteren Großgaswerkes auf Braunkohlenbasis vor.

BHT-Koks und Lauchhammer-Gas

In den 1950er Jahren basierte die Gaserzeugung noch überwiegend auf Steinkohle. Aus der Sicht der Planer war die größtenteils aus Polen und der UdSSR importierte Steinkohle, wie auch die Zwickauer Steinkohle zu teuer, um sie in jährlich wachsenden Mengen für die Koks- und Gaserzeugung zu verwenden. Eine Lösung schien die Herstellung eines hüttenfähigen **Braunkohlen-hochtemperaturkokes** (BHT-Koks), nach einem von den Professoren Erich Rammler und Georg Bilkenroth entwickelten Verfahren zu bieten. Die Plankommission reagierte auf diese Erfindung ungewöhnlich schnell. Die Erprobungsphase des neuen Kokes war noch nicht einmal abgeschlossen, da wurde bereits der großtechnischen

Verwendung zugestimmt und 1951 der Bau einer Großkokerei in Lauchhammer beschlossen. Das neue Werk war nicht nur für die Kohlewirtschaft, sondern auch für die Gaswirtschaft wichtig, denn bei der Kokserzeugung fiel Gas als Kuppelprodukt an.

Zum wichtigsten und teuersten Projekt der auf der einheimischen Braunkohle beruhenden Energiepolitik der DDR entwickelte sich der 1955 begonnene Bau des Kombinates Schwarze Pumpe. Ursprünglich sollten dort vor allem BHT-Koks und Elektroenergie produziert werden. Doch 1957 musste die Plankommission die Absatzchancen für den BHT-Koks in der Metallurgie reduzieren. Sukzessive wurden die Weichen für die Umprofilierung des Kombinates vom Koks- zum Gaskombinat gestellt. Parallel zum Aufbau des Giganten in der Lausitz begann der großflächige Ausbau des Ferngassystems.

Die Technische Leitung Ferngas (TLFG)

Als ersten Schritt veranlasste der Leiter der Hauptverwaltung Gas, Reinhard Schacht, zum 1. Januar 1957 die Gründung einer „**Aufbauleitung Ferngas**“ beim **VEB Gasversorgung Leipzig**. Anderthalb Jahre später, am 1. Juli 1958, wurde vom VEB Verbundnetz West, Dessau, die „Technische Leitung Ferngas“ (TLFG) mit Sitz in der Brandiser Straße 7 in Leipzig gebildet. 1961 zog die TFLG dann nach Böhlitz-Ehrenberg.

Anfang der 1960er Jahre war der Fernleitungsbau immer noch nicht durchgehend mechanisiert. Nur ein Drittel der Tiefbauarbeiten konnte die TLFG selbst durchführen. Während der Leipziger

Betriebsteil inzwischen über den dafür nötigen Maschinenpark verfügte, war dies bei den übrigen Auftragnehmern zumeist nicht der Fall. Abhilfe sollte die Bildung eines Spezialbetriebes schaffen.

Den Grundstock für den **VEB Ferngasleitungsbau Leipzig** bildete die Abteilung Produktion der TFLG mit 254 Beschäftigten. Die Anfänge nahmen sich bescheiden aus. TFLG brachte 20 Bau- und Gerätewagen, 13 Lastkraftwagen, 26 Pkw, 10 Spezialwagen und nur 10 Rohrlegekräne in den neuen Betrieb ein. Zugeordnet wurden außerdem der VEB Rohrleitungs- und Apparatebau Mühlhausen, der VEB Rohrleitungsbau Görlitz sowie die Ferngasabteilung des VEB Rohrleitungsbau Bitterfeld. Zusätzlich wurden noch 250 Arbeitskräfte eingestellt, die bereits über Erfahrungen im Tiefbau verfügten. Mit knapp 1.000 Beschäftigten entstand damit ab Januar 1962 ein leistungsfähiger Spezialbetrieb.

Entscheidenden Anteil an der Konzipierung des Ferngasverbundsystems hatten **Dr. Ing. Hans Kiesel** und seine Mitarbeiter **Dr. Günter Richter** und **Dr. Walter Altmann**.

Das von der TFLG entworfene Versorgungssystem wurde als 25 bar-Ringsystem ausgelegt. Zur Realisierung des Ferngasleitungsprogramms mussten bis 1965 jährlich 300 bis 400 km überregionale und bis zu 400 km regionale Ferngasleitungen gebaut werden.

Rund 90 Prozent der Investitionen für den Ferngasleitungsbau wurden vom VEB Ferngasleitungsbau realisiert. Die Mitarbeiter des Leipziger Betriebes bauten unter anderem 1963/64 in einer Rekordzeit von nur fünf Monaten die Ferngasleitung Lauchhammer–Berliner Ring und waren ebenfalls verantwortlich für die besonders wichtigen Ferngasprojekte Lauchhammer–Schwarze Pumpe und Wittenberg–Ketzin.

Von 1958 bis 1968 wuchs das Stadtgasfernnetz von rund 1.500 km auf 3.700 km an und die eingespeiste Gasmenge erhöhte sich von ca. 525 Mio. m³ auf rund 2.500 Mio. m³. Die 1960er Jahre waren entscheidend für den Ausbau des Stadtgasfernsystems. TFLG war dafür das logistische Zentrum und ist sowohl personell als auch materiell direkter Vorläufer des am 1. Januar 1969 gegründeten **VEB Verbundnetz Gas**.

Schwarze Pumpe geht in Betrieb


Am 6. April 1964, kurz vor Mitternacht, „verlor“ der Direktor des VEB PKM Leipzig, Prof. Dr. Kurt Hoffmann seinen Hut. Symbolisch wurde der Hut, einem alten Brauch folgend, als „Zündmittel“ in den ersten Generator des Druckgaswerkes Schwarze Pumpe geworfen. Nach dem Bespannen des Gasnetzes und Kaltfahren des ersten Gasreinigungsstranges konnte der Ferngasschieber geöffnet werden. Schwarze Pumpe ging ans Netz. Das Gas wurde in die Ferngasleitung Schwarze Pumpe–Lauchhammer eingespeist.

Die Inbetriebnahme wurde groß gefeiert. Die Wirtschaftsplaner versprachen sich von Schwarze Pumpe eine stabile Stadtgas-Fernversorgung zu günstigeren ökonomischen Bedingungen. Außerdem wollte man die Druckgastechnik exportieren.

Doch die Jubelstimmung hielt nicht lange an. Die Produktion des Gaskombinates litt unter zahlreichen Kinderkrankheiten. Erst nachdem im Juli 1966 **Dr. Herbert Richter** zum neuen Werkdirektor des Kombinats Schwarze Pumpe ernannt worden war, begann sich die Lage allmählich zu verbessern. Die Anlaufprobleme konnten durch Veränderungen an den Generatoren und Rohgaswäschen überwunden und eine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Schwarze Pumpe war ein Kind der Industriepolitik der DDR mit ihrer Fixierung auf die maximale Nutzung einheimischer Ressourcen. Die Kosten des aus Braunkohle hergestellten Stadtgases lagen weit über den Erdgasimportpreisen. Hinzu kamen die hohen Transport- und Speicherkosten als Folge des geringen Wärmeinhaltes des Stadtgases. International verlief der Trend inzwischen in Richtung des Ausbaus einer Fernversorgung mit hochkalorischem und umweltfreundlichem Erdgas.

Erdgas aus der Altmark

Erdöl- und Erdgasfunde in Norddeutschland weckten auch in der DDR die Erwartung, in absehbarer Zeit nennenswerte Vorkommen erschließen zu können. Trotz enormer Aufwendungen blieben größere Erfolge bei der Erdölsuche aus. Mehr Glück hatten die Geologen bei der Gasprospektion. Im Dezember 1968 wurde die Bohrung Pes 4 in mehr als 3.500 Metern Tiefe gasfündig. 

Fortsetzung von Seite 55

Sozialistische „Gründerjahre“: Schwarze Pumpe, TLFG und einheimisches Erdgas (1945–1975)

Bereits eine erste Bewertung zeigte, dass bei Salzwedel große Erdgasvorkommen lagerten.

Bei der Erschließung des Altmarkgases schien Eile geboten. Die Erdgaslagerstätten erstreckten sich entlang der innerdeutschen Grenze und reichten bis in die westliche Altmark nach Niedersachsen. Der größere Teil der Lagerstätte befand sich auf dem Gebiet der DDR.

Von der DDR wurde jeder Schritt auf westlicher Seite aufmerksam registriert. Als die BEB im Herbst 1969 nahe Schmölln ein Bohrgerät aufstellte, erging eine Anweisung an die Grenztruppen der DDR, die weiteren Erkundungsaktivitäten mit Hubschraubern zu beobachten.

Im Frühjahr 1969 begann die Testlaufphase und am 1. Juli 1969 wurde der **VEB Erdgasförderung Salzwedel** gebildet. Bohrtechnische Hilfe leisteten der **VEB Erdöl- und Erdgas Gommern** sowie der **VEB Erdöl- und Erdgas Mittenwalde**.

Das Altmarkerdgas war ein „Magergas“ und wies nur einen niedrigen Methangehalt auf. Darüber hinaus unterlag die Zusammensetzung des Gases starken Schwankungen. Vor der Abgabe an die Verbraucher mussten die Gase deshalb so vermischt werden, dass ein vertraglich definierter Brennwert eingehalten werden konnte.

Ein abgestimmtes Vorgehen bei der Erschließung der grenzübergreifenden Lagerstätte lag im gemeinsamen Interesse beider deutscher Staaten, die dazu im Januar 1975 Verhandlungen aufnahmen. Mit Beginn der Förderung hatten sich die Strömungsverhältnisse in der Lagerstätte geändert. Vom kleineren westlichen Teil der Lagerstätte strömte nunmehr Erdgas nach Osten.

Das Bundeswirtschaftsministerium schlug einen unentgeltlichen Informationsaustausch über die gesamte Lagerstätte und eine gemeinsame Vorratsberechnung vor. Die Unterhändler der DDR lehnten jedoch einen generellen Austausch von Informationen ab, da sie fürchteten, dass die DDR-Betriebe ansonsten ihren Vorsprung bei der Erkundung und Gewinnung verlieren könnten.

Für die Wirtschaft der DDR war das Altmarkerdgas trotz seines niedrigen Brennwertes wichtig. In einer ersten Förderplateauphase von 1974 bis 1982 wurden jährlich rund 8 Mrd. m³ Erdgas gefördert. Die höchste Förderung wurde mit jährlich bis zu 12 Mrd. m³ 1983 bis 1987 erreicht. Die Strategie der maximalen Förderung forderte jedoch ihren Tribut. Ende der 1980er Jahre setzte eine natürliche Erschöpfung und teilweise Verwässerung der Lagerstätten ein.

Wie sind nun diese Ergebnisse zu bewerten? Von 1960 bis 1989 wurden auf dem kleinen Territorium der DDR rund 2.100 Bohrungen mit insgesamt 4,4 Mio. Bohrmeter abgeteuft. Rechnet man mit durchschnittlichen Kosten für jeden Bohrmeter von 2.000 Mark, so ergibt sich allein für die Bohrleistungen ein Aufwand von 8,8 Mrd. Mark. Noch höher waren die Kosten für die Förderanlagen, das Transportsystem und die Umrüstung von Brennern in der Industrie. Demzufolge dürften, grob geschätzt, mehr als 25 Mrd. Mark für den Aufbau der Erdgasindustrie in der DDR anzusetzen sein. Dem stehen auf der Haben-Seite bis 1989 Ausbeuten von rund 178 Mrd. m³ Erdgas gegenüber. Legen wir 12,40 Pf/10 kWh als Durchschnittspreis zugrunde, so wäre ein Verkaufserlös von rund 22,1 Mrd. Mark erzielt worden. Hinzu kommen aber noch die nicht unbeträchtlichen Effekte durch die Substituierung von Braunkohle in Höhe einiger Milliarden Mark.

Natürlich sind dies nur nachträgliche Rechnungen. Sie zeigen aber zumindest, dass selbst die Förderung des brennwertarmen Altmarkgases wirtschaftlich sinnvoll war und die sehr hohen Erkundungskosten, die ein privates Unternehmen so wohl kaum getragen hätte, letztlich kompensierte. Für die nicht ausreichend in den Weltmarkt integrierte Wirtschaft der DDR war das einheimische Erdgas nicht zuletzt unter dem Aspekt der Deviseneinsparung nützlich.

Das Erdgasprogramm

Das deutsch-sowjetische Regierungsabkommen vom 23. Mai 1968, das einen jährlichen Bezug von 3 Mrd. m³ Erdgas sicherte, und die Erdgasfunde in der Altmark verbesserten die Rohstofflage für die Gaswirtschaft der DDR. Perspektivisch war es nunmehr möglich, die Gasversorgung auf drei

Säulen zu stellen: Braunkohle, einheimisches Erdgas und importiertes Erdgas. Die Weichen für die weitere Entwicklung der Gaswirtschaft konnten neu gestellt werden.

Die neuen Aufgaben der Gaswirtschaft waren in der Struktur des Stromversorgers **VEB Verbundnetz Berlin** nur schwer zu realisieren. Eine Herauslösung und Verselbstständigung der Direktion Gas schien geboten. Zum 1. Januar 1969 wurde deshalb der **VEB Verbundnetz Gas** mit Sitz in Berlin gegründet. Die Zeit der relativen Eigenständigkeit währte jedoch nicht lang. Nur ein Jahr nach seiner Gründung wurde der VEB Verbundnetz Gas dem Gaskombinat Schwarze Pumpe zugeordnet.

Ende der 1960er Jahre hatte der Ferngasleitungsbau ein beachtliches Niveau erreicht und ein das gesamte Land umschließendes Ringsystem geschaffen. Mit über 3.700 km Gesamtlänge entsprach das Stadtgasnetz bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl nahezu dem Stadtgasnetz der Bundesrepublik. Allerdings gab es dort bereits 1966 ein rund 2.500 km langes Erdgasnetz, wohingegen in der DDR ein solches erst in den 1970er Jahren entstand.

Im Sommer 1968 wurde vom Ministerium für Grundstoffindustrie ein „Erdgasprogramm“ beschlossen. Dessen Kosten wurden bis 1975 auf rund 2,4 Mrd. Mark geschätzt. Davon entfielen 664 Mio. Mark auf den Bau einer Erdgastransmission, 506 Mio. Mark auf Ferngasleitungen im Inland, 478 Mio. Mark auf Untergrundgasspeicher, 380 auf Spaltanlagen und 300 Mio. Mark auf Verdichterstationen.

In der Tat wurde das „Erdgasprogramm“ von den Fachleuten als Chance angesehen, eine grundlegende strukturelle Wende in der Gaswirtschaft einzuleiten. Es galt eine strategische Entscheidung über den künftigen Einsatz des einheimischen Erdgases zu treffen. Mit der Erarbeitung der dafür nötigen Konzeptionen wurden das Brennstoffinstitut Freiberg und das Wissenschaftlich-Technische Zentrum (WTZ) Gas der VVB Energieversorgung beauftragt. Die Experten beider Institutionen kamen zu unterschiedlichen Auffassungen. Während sich die Freiberg-Wissenschaftler für den Aufbau von drei separaten Gasversorgungssystemen – Stadtgas (SG), einheimisches Erdgas (EEG), Importerdgas (IEG) – aussprachen, plädierte das WTZ für die Aufbereitung des einheimischen

Erdgases (Reichgasvariante). In diesem Fall wäre der weitere Ausbau der Gasversorgung nur mit zwei unterschiedlichen Gasqualitäten – Stadtgas und Erdgas – und dementsprechend auch nur mit zwei Leitungssystemen fortgesetzt worden. Die technischen und ökonomischen Vorzüge der Aufbereitung des einheimischen Erdgases lagen auf der Hand. Dennoch fand die Reichgasvariante bei den Planungsorganen keine Lobby. Anstatt eine offene Diskussion über die technisch und ökonomisch sinnvollste Variante zu führen, wurde die „Entscheidungsvorlage zur Entwicklung der Gaswirtschaft“ zur „Vertraulichen Verschlussache“ erklärt und die Reichgasvariante verworfen. Im Rückblick muss man zum dreigliedrigen System festhalten: es war eine Fehlentscheidung, die zu erheblichen Mehrbelastungen führte.

Von 1969 bis 1972 wurde für die Erdgasfelder in der Altmark ein separates Abförderungssystem ausgebaut. Innerhalb von acht Monaten wurde vom VEB Ferngasleitungsbau Engelsdorf die erste Ferngasleitung vom Erdgasförderfeld Salzwedel nach Magdeburg verlegt und am 15. August 1969 in Betrieb genommen. In den nächsten Jahren baute der VEB Verbundnetz Gas Leitungen zur Erweiterung der Energieversorgung der Stadt Magdeburg, des Chemiedreiecks (Buna, Leuna, Piesteritz) sowie der Chemie- und Energiebetriebe in Böhlen und Lippendorf. Rund ein Fünftel der einheimischen Erdgasförderung wurde vom Gaskombinat Schwarze Pumpe abgenommen.

Der VEB Verbundnetz Gas wurde zum Träger eines Modernisierungsprozesses durch Erdgas. Diese Ende der 1960er Jahre begonnene Entwicklung konnte allerdings unter planwirtschaftlichen Verhältnissen nicht zum Abschluss gebracht werden. Von der Öffentlichkeit wurde das „Erdgasprogramm“ nicht sonderlich wahrgenommen. Dabei lag die Dimension dieses Programms sogar noch über den Aufwendungen für den Bau der legendären „Drushba-Trasse“ in der Sowjetunion, die freilich mehr im Fokus der Politik stand.

Dr. Rainer Karlsch (Berlin)

● In der nächsten Ausgabe lesen Sie einen Beitrag über „Das Tauziehen um die Gasverträge 1974 und 1986“.

● Zum Autor

Dr. Rainer Karlsch studierte Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin und hat dort auch zum Dr. oec. promoviert. Er hat zahlreiche wirtschaftsgeschichtliche Veröffentlichungen verfasst bzw. herausgegeben, darunter „Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974“ (zusammen mit Raymond Stokes). Für sein Buch „Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53“ (1993) erhielt Karlsch 1996 den Ersten Preis der Stinnes-Stiftung. Derzeit arbeitet Karlsch anlässlich des 50-jährigen Bestehens der VNG an einem Buch über die Entwicklung der ostdeutschen Gaswirtschaft.

Erdgasverträge und Trassenbau

Am 1. Juli besteht die VNG – Verbundnetz Gas AG 50 Jahre. An diesem Tag des Jahres 1958 wurde der Vorläufer der VNG, die Technische Leitung Ferngas (TLFG) Leipzig, gegründet. Wir wollen das Jubiläum zum Anlass nehmen, um die Entwicklung der gesamten ostdeutschen Gaswirtschaft nachzuzeichnen.

In der dritten Ausgabe von „medium gas“ berichtet der Berliner Historiker Dr. Rainer Karlsch über die ersten Erdgaslieferverträge zwischen der DDR und der BRD sowie über den Trassenbau in den Folgejahren.

Der erste deutsch-sowjetische Erdgasvertrag vom 21. Mai 1968

Wenn in den Medien vom Jahr 1968 die Rede ist, dann geht es zumeist um die Studentenrevolten in Westeuropa und das Scheitern des „Prager Frühlings“. Beide zeithistorischen Ereignisse haben das Bewusstsein einer Generation auf ganz unterschiedliche Weise nachhaltig beeinflusst. Zunächst weniger im Fokus der Öffentlichkeit standen damals Veränderungen, die sich trotz der politischen Eiszeit im Ost-West-Handel anbahnten und das Alltagsleben von Millionen Menschen verändern sollten. Eine zentrale Rolle sollte dabei der Erdgashandel spielen.

Nikolai Baibakow, der Leiter der obersten sowjetischen Planungsbehörde, brachte Ende 1968 die Idee ins Spiel, die Liefermöglichkeiten westdeutscher Firmen bei Großrohren in Anspruch zu nehmen: „Wenn man eine Erdgasleitung mit großer Dimension nach Westdeutschland und Frankreich baut und etwa 7 bis 8 Mrd. m³ Gas liefern würde, bestünde auch die Möglichkeit, über die vereinbarten Mengen hinaus Erdgas in die DDR abzuzweigen.“ Die DDR-Vertreter waren von dem Vorschlag überrascht, wollten aber lieber einen separaten Vertrag schließen.

Daraufhin nahm die Sowjetunion parallele Gespräche mit Vertretern der Ruhrgas AG und der französischen Gaswirtschaft auf, die 1969 zum Abschluss des mit Abstand größten Ost-West-Geschäfts führten. Die Vereinbarung mit der Ruhrgas AG umfasste die Lieferung von jährlich 3 Mrd. m³ Erdgas über 20 Jahre, beginnend mit dem 1. Oktober 1973. Im Gegenzug erhielt die Sowjetunion 1,2 Mio. t Großrohre und einen Kredit über 1,2 Mrd. DM.

Noch zeitiger als der Ruhrgas AG, nämlich am 23. Mai 1968, war es der DDR gelungen, mit der Sowjetunion einen Vertrag ebenfalls über jährlich 3 Mrd. m³ Erdgas auszuhandeln. Bündnispolitische Rücksichtnahmen dürften für das sowjetische Timing eine wichtige Rolle gespielt haben.

Die Realisierung des Vertrages vom Mai 1968 gestaltete sich jedoch unerwartet schwierig. Dies hing mit dem Problem der Trassenführung zusammen. Ursprünglich war vorgesehen, die Erdgasleitung über polnisches Gebiet in die DDR zu führen. Doch bei den deutsch-polnischen Verhandlungen kam es zu Differenzen über die Höhe des Kredits, den Termin der Inbetriebnahme der Leitung und vor allem über die Höhe der Transitgebühren. Im Februar 1970 erklärte der Stellv. Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR daraufhin, dass für die DDR grundsätzlich die Möglichkeit bestünde, sich am Bau der Transitleitung UdSSR–ČSSR–Westeuropa zu beteiligen. In Ost-Berlin zögerte man daraufhin nicht lange. Am 2. Juli 1971 wurde ein deutsch-tschechoslowakisches Regierungsabkommen über den Bau der Erdgasleitung „Nordlicht“ unterzeichnet.

Deutsche und tschechische Bauleute begannen im September 1972 mit den Arbeiten an der Erdgasleitung „Nordlicht“. Am 27. März 1973 wurden in der Nähe von Deutschneudorf die Teilabschnitte der DDR und der ČSSR verschweißt. Der erste Spatenstich für die Verdichterstation Sayda im Osterzgebirge folgte am 10. Oktober 1973. Erstmals floss am 2. Mai 1973 sowjetisches Erdgas zum Gaskombinat Schwarze Pumpe, kurz darauf auch zum Stahl- und Walzwerk Riesa und zum Unterspeicher Bernburg. Zwei Jahre später wurde die Erdgastransitleitung erweitert und bis zum Unterspeicher Buchholz geführt.



Bau einer Molchstation für die Importerdgasleitung (IEGL) in den Kammlagen des Erzgebirges bei Deutschneudorf Anfang der 1970er Jahre. Am Grenzübergangspunkt Sayda/Deutschneudorf im sächsischen Erzgebirge strömte am 1. Mai 1973 schließlich erstmals russisches Erdgas nach Deutschland. | Zentrales Jugendobjekt „Drushba-Trasse“.

An die Lieferung des ersten sowjetischen Erdgases via Erdgasleitung „Nordlicht“ erinnern noch heute mehrere Denkmale. So wurde 1974 in Hettstedt ein großer Obelisk als „Flamme der Freundschaft“ errichtet. In den 1990er Jahren unterstützte die Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH (MITGAS) dessen Restauration.

Das Orenburg-Abkommen und der Bau der „Drushba-Trasse“

Am 21. April 1974 schlossen Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, die ČSSR und die DDR mit der Sowjetunion ein „Generalabkommen über die Zusammenarbeit bei der Erschließung der Erdgaskondensat-Lagerstätte Orenburg und den Bau der Transitgasleitung Orenburg–Westgrenze UdSSR sowie über die damit verbundenen Erdgaslieferungen aus der UdSSR“. Das Abkommen sah den Bau einer Transitleitung von Orenburg bis zur damaligen Westgrenze der UdSSR bei Ushgorod (heute Grenze Ukraine–Slowakei) mit einer Länge von rund 2.790 km vor. Ein Projekt einer solchen Dimension zum Transport von 28 Mrd. m³ Gas pro Jahr hatte es zuvor weltweit noch nicht gegeben. Für 1,76 Mrd. Dollar wurden Rohre, Verdichtungsstationen und Spezialmaschinen im westlichen Ausland gekauft.


Propagandistisch geschickt wurde am 5. Oktober 1974 die Übergabe des DDR-Abschnitts von Kremenchug am Dnepr bis nach Bar in der Westukraine an die Freie Deutsche Jugend (FDJ) als Zentrales Jugendobjekt inszeniert. Insgesamt konnten

für die Arbeiten an der „Drushba-Trasse“ mehr als 10.000 Ostdeutsche gewonnen werden. Die Motive der „Trassniks“ waren so unterschiedlich wie die Menschen selbst. Abenteuerlust und der Reiz des Neuen spielten sicher eine Rolle, ebenso wie die Chance, an einer technisch höchst anspruchsvollen Aufgabe mitzuwirken und dafür überdurchschnittlich gut bezahlt zu werden.

Die Verlegung der ersten Rohre begann im September 1975. Extreme Temperaturen forderten die „Trassniks“ bis zu ihren physischen und psychischen Leistungsgrenzen. Es war Schwerstarbeit in zum Teil unwegsamem Gelände. Insgesamt wurden 105 Kilometer Schweißnähte an 26.000 Rundnähten in Handarbeit gezogen. 31 Straßen wurden geschlitzt, acht unterirdische Unterquerungen von Verkehrslinien sowie 21 Freileitungen auf Stützen erstellt. Darüber hinaus wurden neun Sümpfe, ein Stausee und der Fluss Dnepr gequert.

Die Hauptarbeiten an der „Drushba-Trasse“ wurden bis Ende 1978 abgeschlossen. Ein Teil der Beschäftigten musste dann noch Restleistungen und Garantiarbeiten ausführen, bevor es 1979 wieder nach Hause ging. Viele, die an dem gewaltigen Bauvorhaben beteiligt waren, beschreiben diese Zeit als das größte Abenteuer ihres Lebens.

Erdgas für Berlin

Im September 1976 beschloss das Politbüro die Umstellung der Gasversorgung Ost-Berlins auf Erdgas. 

Fortsetzung von Seite 55

Erdgasverträge und Trassenbau

Die SED-Führung versprach sich von der Erdgasumstellung einen Wettbewerbsvorteil, zumal West-Berlin noch nicht über den Zugang zu Erdgas verfügte. Wieder einmal hatte die Politik Vorrang vor der Ökonomie. Die Fachleute der Gasindustrie hatten darauf verwiesen, dass eine vorrangige Umstellung der Ost-Berliner Gasversorgung mit überhöhten Kosten verbunden sei. Doch die Würfel waren gefallen. So wurden eine Erdgasringleitung um Berlin mit vier Einspeisestellen und ein Untergrundspeicher in Buchholz konzipiert. Außerdem wurde die Rekonstruktion des Berliner Ortsnetzes forciert und aus allen Energiekombinaten Spezialisten nach Berlin beordert. Dadurch entstanden zum Teil erhebliche personelle Engpässe in den delegierenden Betrieben.

Für die Ost-Berliner brachte die Erdgasumstellung einen Gewinn an Lebensqualität. Bis Ende 1985 erhielten mehr als 255.000 Tarifabnehmer Erdgasanschluss, bis 1989 sogar 342.000. Zeitweilig flossen bis zu 30 Prozent des von der Sowjetunion gelieferten Erdgases nach Ost-Berlin. Die „Schaufensterpolitik“ geschah zu Lasten

der übrigen Republik. Im Bezirk Dresden hatten weniger als 1.300 und im Bezirk Leipzig auch nur rund 15.200 Haushalte Erdgasanschluss.

Eine Chance zur Aufbesserung ihrer Devisenbilanz bot sich der DDR durch den Erdgastransit nach West-Berlin. Die Gasversorgung West-Berlins basierte noch auf der traditionellen Stadtgasherstellung. Als sich abzeichnete, dass die Sowjetunion gewillt war, Erdgas nach Westeuropa zu liefern, bemühte sich die GASAG mit Hilfe der Ruhrgas AG um einen Erdgasvertrag. Es ging um die Lieferung von jährlich 750 Mio. m³ Erdgas von 1985 bis 2008. Das Projekt sollte im Oktober 1983 beginnen und innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen werden.

Die dreiseitigen Gespräche kamen am 29. März 1983 zu einem erfolgreichen Abschluss. Daraufhin konnte ein Vertrag zwischen dem Kombinat Verbundnetze Energie Berlin und der Ruhrgas AG unterzeichnet werden. Dieser sah bis zum 1. Oktober 1985 den Bau einer 235 km langen Ferngasleitung von der Grenze DDR/ČSSR (Sayda) nach West-Berlin durch den VEB Kombinat Verbundnetze Energie vor.

Für den Bau der Ferngasleitung vereinbarten die „Kommerzielle Koordinierung“ (Koko) und die Ruhrgas AG eine Summe von 228 Mio. DM. Die Transitgebühr wurde auf 8,52 Mio. DM jährlich festgesetzt. Die Leitung selbst blieb Eigentum der DDR.

Die Realisierung des Vorhabens genoss hohe Priorität, da es sofort Devisen in die klammen Kassen der DDR spülte. Der Aufwand für das Projekt belief sich auf ca. 290 Mio. DDR-Mark, d. h., bei dem Geschäft lag die Devisenrentabilität bei fast 1 zu 1. In der übrigen Wirtschaft mussten zu dieser Zeit bereits mehr als 4 DDR-Mark aufgewendet werden, um 1 DM-Mark zu erwirtschaften.

Die Erdgasleitung wurde entlang der Autobahn Berlin–Dresden verlegt und erreichte West-Berlin im Juli 1985. Nun kam der schwierigste Teil des Projektes: Die Grenzbefestigung musste auf 20 Meter für mehrere Tage abgebaut werden, damit die Rohre verlegt werden konnten. „Erdgas öffnete die Mauer“, wenn auch nur für einen Moment, hieß es daraufhin. Ganz verkehrt war das Bonmot nicht. Letztendlich beförderten auch die Gasverträge einen Wandel durch Annäherung.



Schwere Zugmaschine der Firma FAUN aus dem bayrischen Lauf an der Pegnitz im Einsatz beim Bau des Erdgastrassenabschnitts Urengoi–Ushgorod in den 1980er Jahren.

Das Jamburg-Abkommen

Am 8. April 1982 kam es zum Abschluss des **Urengoi-Abkommens**, am 20. Januar 1986 folgte das **Jamburg-Abkommen**. Beide Verträge hielten sich an das Grundmuster des Orenburg-Abkommens von 1974 und sahen die Beteiligung von RGW-Ländern am Bau von Erdgasleitungen und anderen Objekten der Gasindustrie in der UdSSR vor.

Das Urengoi-Abkommen lief von 1986 bis 1990 und sicherte der DDR einen Bezug von 0,7 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr. Die DDR bekam drei Bauabschnitte in der Ukraine, südlich von Moskau und im Ural übertragen. Hauptauftragnehmer auf ostdeutscher Seite war der VEB Ferngasleitungsbau Engelsdorf.

Das Urengoi-Projekt kann als Zwischenschritt zu dem noch weit umfangreicheren Jamburg-Abkommen angesehen werden. Auch bei diesem Vertrag handelte es sich um ein multilaterales Projekt. Insgesamt sicherte sich die ostdeutsche Seite durch das Jamburg-Abkommen bis 1998 die Lieferung von 24,9 Milliarden m³ Erdgas. Im Gegenzug verpflichtete sich die DDR, 387.000 t Rohre sowie Technik im westlichen Ausland zu kaufen sowie von 1989 bis 1993 Bau- und Montageleistungen in Höhe von 855 Mio. transferablen Rubeln (rund 4 Mrd. DDR-Mark) zu realisieren. Außerdem beinhaltete der Leistungskatalog den Bau von 1.600 Wohnungen sowie mehreren Industrie-Objekten, die Beteiligung am Kauf defizitärer Materialien im westlichen Ausland in Höhe von 140 Mio. Dollar und die Lieferung von Ausrüstungen für die sowjetische Erdgasindustrie.

Die Bau- und Montageleistungen wurden vom Kombinat Gasanlagen Berlin erbracht. Für die Erdgaslieferungen waren Gazexport Moskau und der VEB Verbundnetz Gas Leipzig zuständig.

Die zunehmend desolater wirtschaftliche Situation in den RGW-Staaten am Ende der 1980er Jahre, verbunden mit einer Vielzahl organisatorischer Umbrüche in der sowjetischen Wirtschaft, beeinträchtigte auch die Arbeiten an der Ferngasleitung. Die neue sowjetische Staatsführung wollte den Ausbau der Energiewirtschaft verlangsamen, zahlreiche Projekte der Gaswirtschaft auf Eis legen und stattdessen den Wohnungs- und Sozialbau fördern. In Berlin herrschte daraufhin Alarmstim-

mung. Die Entsendung von Bauarbeitern und Materialien an die Erdgastrasse wurde gestoppt, die Arbeiten aber ansonsten mit den vorhandenen Kräften fortgesetzt.

Eine ökonomische Bewertung der Abkommen über die Investitionsbeteiligungen der DDR an der sowjetischen Gasindustrie von 1974 bis 1990 ist kompliziert, da den Verträgen verschiedene Preissysteme und Umrechnungskurse zugrunde lagen. Von 1975 bis 1988 verlegten die Ostdeutschen in der Sowjetunion 1.340 km Großrohrleitungen und bauten 29 Verdichterstationen mit rund 2.100 MW Antriebsleistung. An neun Standorten der Erdgastrassen wurden Wohnungen und Gesellschaftsbauten errichtet. Außerdem wurden Industrieobjekte, darunter computergesteuerte Hochregallager, mechanische Werkstätten, Kläranlagen und technische Basen gebaut.

Insgesamt, so schätzten Finanzexperten, waren für die Realisierung der Erdgasabkommen allein in den 1980er Jahren 16,4 bis 18,6 Mrd. Mark, einschließlich aller Leistungen in frei konvertierbaren Devisen, aufzuwenden. Dem standen Erlöse für die Bau- und Montageleistungen in Höhe von rund 6,2 Mrd. Mark gegenüber. Das heißt, netto kostete die Investitionsbeteiligung am Erdgasleitungsbau in der Sowjetunion dem Staatshaushalt der DDR rund 10,4 bis 12,6 Mrd. Mark.

Auf der Habenseite stand die Versorgungssicherheit bei den Erdgasbezügen, wobei bis 1982 Preise gezahlt wurden, die unter den Weltmarktpreisen lagen. Danach musste die DDR auf Grund der RGW-Preisbildungsmechanismen, die den Weltmarktpreis verzögert weitergaben, höhere Preise zahlen. Dennoch waren diese Verträge für die Gaswirtschaft in der DDR alternativlos. Sie eröffneten die Chance, Teilbereiche der Wirtschaft zu modernisieren und boten eine langfristige Versorgungssicherheit von der nach 1990 auch das wiedervereinigte Deutschland profitierte. Noch heute sind die Trassen Teil eines Netzes, das Mittel- und Westeuropa mit Erdgas versorgt.

Dr. Rainer Karlsch

● In der nächsten Ausgabe lesen Sie einen Beitrag über Transformation und Erdgasumstellung 1990–1995.

● Zum Autor

Dr. Rainer Karlsch studierte Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin und hat dort auch zum Dr. oec. promoviert. Er hat zahlreiche wirtschaftsgeschichtliche Veröffentlichungen verfasst bzw. herausgegeben, darunter „Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974“ (zusammen mit Raymond Stokes). Für sein Buch „Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53“ (1993) erhielt Karlsch 1996 den Ersten Preis der Stinnes-Stiftung. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der VNG erschien sein Buch „Vom Licht zur Wärme – Geschichte der ostdeutschen Gaswirtschaft 1855–2008“.

Vom Plan zum Markt: Die Transformation der ostdeutschen Gaswirtschaft

Am 1. Juli besteht die VNG – Verbundnetz Gas AG 50 Jahre. An diesem Tag des Jahres 1958 wurde der Vorläufer der VNG, die Technische Leitung Ferngas (TLFG) Leipzig, gegründet. Wir wollen das Jubiläum zum Anlass nehmen, um die Entwicklung der gesamten ostdeutschen Gaswirtschaft nachzuzeichnen. In der vierten Ausgabe von „medium gas“ berichtet der Berliner Historiker Dr. Rainer Karlsch über den Wandel der ostdeutschen Gaswirtschaft nach 1989.



Das Stadtgassystem stößt an Grenzen

Am 22. Februar 1982 kam es im Stammbetrieb des Druckgaswerkes Schwarze Pumpe zu einer schweren Havarie. Zwei Gasreinigungsstränge wurden durch eine Explosion und ein anschließendes Feuer zerstört. Die Stadtgasproduktion kam vollständig zum Erliegen, doch die Verbraucher merkten davon kaum etwas. Größere Versorgungsengpässe konnten durch die sofortige Auspeisung aus den Untergrundgasspeichern verhindert werden. Mit einem enormen Kraftakt gelang es, bis Ende 1982 die volle Kapazität des Druckgaswerkes wiederherzustellen.

Die Havarie zeigte zweierlei: insbesondere in Krisenzeiten waren die Beschäftigten der Gaswirtschaft zu außerordentlichen Leistungen fähig. Sie wussten, welche Bedeutung die schnellstmögliche Instandsetzung der zerstörten Anlagen für die Versorgungssicherheit hatte. Zum anderen offenbarte der Vorfall die Anfälligkeit des Stadtgas-Produktionssystems.

Während in anderen Industrieländern der Energieträgerwechsel in der Gasbereitstellung bereits vollzogen oder zumindest schon weit fortgeschritten war, wollte und konnte man in der DDR auf die Stadtgaserzeugung nicht verzichten. Eine generelle Stilllegung, oder auch nur Verringerung der Stadtgasproduktion stand nicht zur Diskussion. Woher hätten die fehlenden Gasmengen kommen sollen? Die Erdgasförderung im Inland entwickelte sich seit 1987 rückläufig. Ein Ausgleich über wachsende Importe war ebenfalls nicht möglich. Das vorhandene Transitsystem erlaubte nur einen maximalen Bezug von ca. 7,2 Mrd. m³ Erdgas aus der Sowjetunion. Mehr war auch vertraglich nicht gesichert. Daher plante das Ministerium für Kohle und Energie sogar

noch eine erhebliche Ausweitung der Stadtgasproduktion und den Bau eines neuen großen Stadtgaswerkes.

Wachsende Umweltbelastungen

In Industrieregionen und Städten konnte man es sehen und riechen: die DDR war das Land der Braunkohle. Nirgends auf der Welt wurde so viel Braunkohle gefördert, mehr als 300 Mio. t jährlich.

Auf Grund des hohen Schwefelgehaltes der Braunkohle und unzureichender Verarbeitungstechnologien war die DDR das Land mit der weltweit höchsten SO₂-Belastung pro Einwohner und Leipzig die am höchsten SO₂-belastete europäische Großstadt.

Die Gaswirtschaft mit ihren veralteten Anlagen zur Stadtgasproduktion trug mit zur ökologischen Krise bei. Um wenigstens für partielle Verbesserungen zu sorgen, verabschiedete das Ministerium für Kohle und Energie ein „Gasturbinenprogramm“. Es sah vor, mehrere mit Braunkohle oder Schwerölen befeuerte Heizkraftwerke stillzulegen und an ihrer Stelle Gasheizkraftwerke in Betrieb zu nehmen. Das erste Gasturbinenheizkraftwerk wurde in Berlin gebaut. Als es im Herbst 1989 um die Entscheidung ging, das neue Werk ans Ferngasnetz anzubinden, wurde dies vom Hauptgasverteiler abgelehnt. Für den Betrieb des Gasturbinenheizkraftwerkes Berlin Nord I fehlten nämlich zwei entscheidende Voraussetzungen: eine Ferngasleitung von der Sammelschiene Lauchhammer bis zum Untergrundgasspeicher Buchholz und ein ausreichender, an den Standort gebundener Bedarf für die zusätzlich produzierte Elektroenergie und Wärme.

Das „Gasturbinenprogramm“ widerspiegelte die Dilemmata der Umweltpolitik in der DDR: es gab kein „Aus“ für veraltete Technologien, da die Produktionsplanerfüllung Vorrang hatte. Der



Kondensationsanlagen Druckgaswerk Schwarze Pumpe

Prozess der kumulierten Selbstzerstörung des planwirtschaftlichen Systems war nicht mehr aufzuhalten.

Friedliche Revolution und deutsche Einheit

Oft wurde das Bild von der „Feierabendrevolution“ bemüht. Es trifft nicht zu. Zwar fanden die spektakulärsten Aktionen abends auf den Straßen statt, doch die Welle der Proteste machte vor den Werkstoren nicht halt. Auch in den Betrieben der Gaswirtschaft forderten Arbeiter und Angestellte grundlegende Veränderungen. Alle Instanzen der alten Macht wurden in Frage gestellt. Das betraf insbesondere die Herrschaft der SED in den Betrieben, die Kampfgruppen und Massenorganisationen. Im Stammwerk des Gaskombinates kulminierten die Proteste am 4. Dezember 1989. Die Industriekreisleitung der SED wurde daraufhin Mitte Januar 1990 aufgelöst. Mit der Partei zerbrachen auch alle anderen Massenorganisationen im Gaskombinat.

Schneller als die Leitungsstrukturen und verschlissenen Anlagen verschwanden die Äußerlichkeiten der alten Zeit. Die Insignien eines gescheiterten Systems zu entfernen, war das eine. Unvergleichlich schwerer war es hingegen, den Betrieben der Gaswirtschaft Zukunftschancen zu eröffnen.

Die nach den Volkskammerwahlen im März 1990 gebildete Regierung um Ministerpräsident Lothar de Maizière schloss sich der von der Bundesregierung angebotenen Lösungsvariante an, die in den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 21. Juni 1990 mündete. Mit dessen Inkrafttreten am 1. Juli 1990 erlosch die Souveränität der DDR auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die damit de facto hergestellte wirtschaftliche Einheit leitete einen unumkehrbaren Prozess ein, der am 3. Oktober 1990 zur politischen Einheit führte.


Deutsch-deutsche Vergleiche

Wie sah es in der ostdeutschen Gaswirtschaft im Vergleich zur westdeutschen aus? Die Struktur der Gaserzeugung hatte sich in beiden deutschen Staaten ähnlich entwickelt. Ungefähr die Hälfte des Gasabsatzes entfielen jeweils auf importiertes Erdgas – in der Bundesrepublik waren es 1989 56 Prozent und in der DDR 49 Prozent – und jeweils

etwa ein Viertel auf einheimisches Erdgas und Stadtgas. Diese Ähnlichkeiten konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es deutliche Unterschiede in der Effizienz der Gaserzeugung und in den Verbrauchsstrukturen gab. So lag das Mengenaufkommen bei Gas pro Kopf der Bevölkerung, auch technologisch bedingt, im Jahr 1988 in der DDR deutlich über dem der Bundesrepublik. Die pro Einwohner zu transportierende Gasmenge war höher als in der Bundesrepublik. Während Erdgas in der DDR, mit Ausnahme von Ost-Berlin, ansonsten nur in der Industrie Verwendung fand, bezogen in der Bundesrepublik neben der Industrie bereits auch Millionen Haushalte Erdgas.

Ende 1989 bot das Anlagevermögen in der Gaswirtschaft der DDR ein widersprüchliches Bild. Der größte Teil der Anlagen für die Stadtgasproduktion war verschlissen. Den modernsten Teil der Gaswirtschaft in Ostdeutschland repräsentierte der VEB Verbundnetz Gas. Der Betrieb besaß von allen Teilen des Gaskombinats Schwarze Pumpe die besten Chancen für eine schnelle Privatisierung. Als Betreiber des gesamten Ferngassystems verfügte der VEB Verbundnetz Gas über ein regionales Monopol. Zweitens konnte schon allein aus technischen Gründen keine sofortige Besetzung des DDR-Marktes durch Lieferanten aus der Bundesrepublik stattfinden. Drittens besaß der Betrieb eine gasteknische Infrastruktur, die einem hohen Sicherheitsstandard genügte. Günstig für ein flexibles Agieren waren die auch im internationalen Vergleich gut ausgebauten Kapazitäten der unterirdischen Gasspeicher. Viertens ließ der riesige Erdgas-Nachholbedarf für Privatkunden ein erhebliches Wachstumspotenzial erwarten. Westliche Unternehmen, die es gewohnt waren, Zukunftsmärkte zu kaufen, hatten daher ein besonderes Interesse an einem Engagement beim VEB Verbundnetz Gas.

Erste Schritte in die Marktwirtschaft

Die Gaswirtschaft in Ostdeutschland erlebte 1990 nicht ihre „Stunde Null“ und musste nicht erst aufgebaut, wohl aber neu strukturiert, an marktwirtschaftliche Verhältnisse angepasst und generell auf Erdgas umgestellt werden. Die ersten Jahre nach der deutschen Einheit boten dafür eine einmalige Chance. 



Ruhrgas wird Aktionär der VNG. Im Haus des Ministerpräsidenten der DDR wurde der Vertrag zwischen der Treuhandanstalt, der Ruhrgas und der BEB über eine Beteiligung an der VNG in Höhe von 35 bzw. 10 Prozent unterzeichnet.



Hans-Christian Schink: Leipzig, Karlstraße 1992; Foto aus dem Projekt „VorOrt-Archiv der Wirklichkeit“.



Zentrale Netzbefehlsstelle (ZBS) in Böhlitz-Ehrenberg.

Fortsetzung von Seite 45

Vom Plan zum Markt: Die Transformation der ostdeutschen Gaswirtschaft



Ehemaliger VNG-Sitz in Böhmitz-Ehrenberg (seit 2000 Stadtteil von Leipzig).



Umstellung von Stadt- auf Erdgas. Mit dem Zünden der letzten Stadtgasflamme am 14. Juni 1995 in Leipzig war nach nun vier Jahren und sechs Monaten die Umstellung der ostdeutschen Gaswirtschaft auf Erdgas abgeschlossen.

Erstes und wichtigstes Ziel der neuen Führungsmannschaft beim VEB Verbundnetz Gas um Dr.-Ing. Klaus-Ewald Holst war die schnellstmögliche Erlangung der unternehmerischen Selbstständigkeit. Pläne der alten Kombinarsleitung zur Bildung einer Holding wurden vom neuen Vorstand ebenso abgelehnt wie die Ideen einiger Protagonisten der westdeutschen Gaswirtschaft, Verbundnetz Gas nicht en bloc, sondern in Teilen zu privatisieren oder auf die Rolle eines Transportunternehmens ohne eigenen Gaseinkauf zu beschränken. Beide Konzepte wären auf den Verzicht der Erhaltung eines ostdeutschen Ferngasunternehmens hinausgelaufen.

Die Ruhrgas AG, Essen und auch die Brigitta Erdgas und Erdöl GmbH (BEB), Hannover halfen dem Leipziger Unternehmen bei den ersten Schritten in die Marktwirtschaft. Dies betraf vor allem den kaufmännischen Bereich, den Einkauf, Vertrieb sowie die Rechtsabteilung. Die Ruhrgas AG schickte Führungskräfte zur Verbundnetz Gas, bot Schulungen an und stellte für die Leipziger neue Kontakte her.

Die Privatisierung

Am 29. Juni 1990 wurde die Privatisierung der Betriebe des ehemaligen Gaskombinats von der letzten Regierung der DDR eingeleitet. Die Treuhandanstalt (THA) als bisher einziger Aktionär zeichnete 100 Prozent der Namensaktien und bestellte Dr.-Ing. Klaus-Ewald Holst, Lutz Hänsel, Dr. Werner Hauenherm, Otto Hülsenbeck und Sigmar Schubert für den ersten, noch vorläufigen Vorstand der Verbundnetz Gas AG i. G. Am 30. Juli 1990 wurde das Unternehmen als Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft¹ mit Sitz in Leipzig ins Handelsregister eingetragen und am 31. August 1990 die Bildung eines Aufsichtsrates durch die THA vorgenommen.

Am 16. August 1990 begann die THA mit der Privatisierung der VNG. Die Ruhrgas AG konnte 35 Prozent und die BEB GmbH Hannover 10 Prozent der Anteile erwerben. Die Ruhrgas AG wollte ihre

Stellung bei VNG noch verstärken, indem sie die Idee ins Spiel brachte, interessierten Kommunen den Kauf von VNG-Anteilen zu kreditieren. Dieser Plan kam jedoch nicht zur Ausführung.

Es dauerte bis zum Herbst 1991, bis die restlichen noch von der THA gehaltenen VNG-Anteile verkauft wurden. Die Wintershall Erdgas Beteiligungs-GmbH Kassel erwarb 15 Prozent + 1 Aktie, VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH Köln 15 Prozent – 1 Aktie und British Gas Deutschland GmbH Berlin, ELFNETZGAS GmbH Düsseldorf, Erdöl-Erdgas Gommern Transport GmbH Gommern, Den norsk stats oljeselskap a. s. Stavanger sowie Zarubezhgaz-Erdgashandel Gesellschaft mbH Berlin jeweils 5 Prozent. Damit war die Privatisierung der VNG abgeschlossen und eine ausbalancierte Eigentümerstruktur erreicht. Der Erlös auf dem Verkauf betrug rund 1 Mrd. DM.

Diversifizierung der Erdgasbezüge

Da die ostdeutsche Gaswirtschaft bis 1990 ausschließlich russisches Erdgas bezog, war die Diversifizierung der Bezugsquellen dringend erforderlich. Die schnellste und einfachste Lösung bestand in der Anbindung des ostdeutschen Ferngasnetzes ans westdeutsche Netz. Zu diesem Zweck hatten VNG (damals noch VEB) und die Ruhrgas AG bereits am 10. April 1990 die Erdgasversorgungsgesellschaft mbH Leipzig (EVG) gegründet. Das neue Unternehmen baute bis 1992 eine Ferngasleitung für den Bezug von 2 Mrd. m³ Gas pro Jahr durch Thüringen und Sachsen und übernahm die Gasvermarktung.

Am 27. Juni 1990 schloss VNG einen Vertrag über die Lieferung von 2 Mrd. m³ Gas pro Jahr mit der BEB. Die Verträge mit der Ruhrgas AG und der BEB waren für die Entwicklung der ostdeutschen Gaswirtschaft von großer Bedeutung, da sie die Abhängigkeit von nur einem Lieferanten beendeten.

Schwierig gestalteten sich Anfang der 1990er Jahre die Verhandlungen über den weiteren Bezug russischen Erdgases. Die Vorsitzenden der Wirtschaftsausschüsse der ostdeutschen Landtage sahen sich veranlasst, gegen die hohen Erdgaspreise in ihrem Verantwortungsgebiet zu protestieren und eine starke Stellung der Kommunen bei VNG einzufordern.

Am 31. Januar 1994 kam das über 3-jährige Tauziehen um die Festlegung neuer Lieferbedingungen

¹ VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft

für russisches Erdgas zu einem guten Ende. Wintershall Erdgas Handelshaus GmbH (WIEH) und VNG unterzeichneten einen 20-Jahresvertrag über die Lieferung russischen Erdgases. Besonders wichtig für die Diversifizierung der Bezüge waren die Verhandlungen mit dem norwegischen Gasproduzenten Statoil. Am 16. Dezember 1993 wurde in Leipzig ein Erdgasliefervertrag zwischen dem norwegischen Gasverhandlungskomitee GFU, unter Vorsitz von Statoil, sowie VNG unterzeichnet.

Die Erdgasumstellung

Gravierend auf den Gasverkauf wirkte sich der Rückgang in der verarbeitenden Industrie aus. Deren Gasverbrauch sank zwischen 1989 und 1993 um 51 Prozent. Kompensiert werden konnten die Rückgänge im Industriegeschäft durch den rasch steigenden Gasabsatz bei Privatkunden, vornehmlich für den Heizungsbedarf.

Ab Januar 1991 fielen die staatlichen Energiepreissubventionen weg, was zum Anstieg der Stadtgaspreise um mehr als das Dreifache führte. Zwar gab die Verbundnetz Gas AG die höheren Preise nicht sofort in voller Höhe an die Kunden weiter, doch der Preisschock konnte nicht ohne Auswirkungen auf das Verhalten der Kunden bleiben. Für viele Industrie- und Gewerbebetriebe war die Ablösung des teuren Stadtgases schlichtweg eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens.

Aus wirtschaftlichen und umweltpolitischen Gründen musste die Umstellung auf Erdgas wesentlich schneller als ursprünglich avisiert vollzogen werden. In der Tat stellte die kurzfristige Umstellung der Gasversorgung von mehr als 2,94 Millionen Tarifkunden sowie Industrie- und Handwerksbetrieben eine enorme Herausforderung dar. Die Zahl der Erdgasabnehmer lag 1990 erst knapp bei einer halben Million.

Die Sanierung der Stadtgasnetze und ihre Umstellung auf die Erdgasnutzung geschahen in Abhängigkeit von der jeweiligen Dringlichkeit und den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Sünden der Vergangenheit, wie fehlerhafte Rohrnetzpläne, Zählerdateien und Hausanschlussdateien wurden korrigiert. Dichtepfahrungen, die Modernisierung der Anlagen, der Gerätetausch und anderes mehr trugen zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus in der Gasversorgung bei.

Die Umstellung wurde von den Gasversorgern, Wohnungsgesellschaften, Installationsfirmen und der Gasgeräteindustrie gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Sie bildeten dazu regionale „Gasgemeinschaften“. Für den in der Aufbauphase befindlichen Mittelstand in Ostdeutschland wirkte die Erdgasumstellung wie ein Konjunkturprogramm. Rund 250 Rohrbaufirmen und 9.000 Handwerksbetriebe waren daran beteiligt. Im Verlauf von nur viereinhalb Jahren stellte VNG insgesamt 6.100 km Hochdruckleitungen des überregionalen Netzes auf hochkalorisches Erdgas um.

Als im Mai 1995 die letzte Anlage zur Stadtgasproduktion in Schwarze Pumpe stillgelegt wurde, endete in Ostdeutschland eine rund 200-jährige Ära der Gasgewinnung aus Kohle.

Die ostdeutsche Gaswirtschaft hat im Verlauf ihrer über 150-jährigen Geschichte herausragende Pionierleistungen, wie den Bau der ersten deutschen Gasanstalten durch sächsische Ingenieure, den Aufstieg privater Gasgesellschaften im 19. Jahrhundert, den Ausbau eines Ferngassystems zu DDR-Zeiten und die komplette Umstellung auf Erdgas im vereinten Deutschland erlebt. Rückschläge und Krisen gehörten ebenso zu ihrer Entwicklung. Dabei erwies sich die Branche als wandlungs- und lernfähig.

Auf die Herausforderungen der kommenden Jahre scheint die ostdeutsche Gaswirtschaft dank ihrer langfristigen Gasimportverträge, der Beteiligung an Explorationsvorhaben im Ausland, ihrer modernen Infrastruktur, ihren Konzepten für neue Anwendungsgebiete und vor allem ihrer hervorragend qualifizierten Mitarbeiter gut vorbereitet zu sein. Nicht zuletzt ihre Erfahrungen mit grundlegenden Veränderungen wie in den 1990er Jahren können sich als Zukunftskapital erweisen.

Erdgas als wichtiger Energieträger hat nichts von seiner Bedeutung eingebüßt und wird auch künftig als Spender von Licht und Wärme in Millionen Haushalten und Gewerbebetrieben sowie auch als wertvoller Rohstoff in der Industrie Verwendung finden.

Dr. Rainer Karlsch

● **Auf den Seiten 50 bis 53 lesen sie ein Interview mit dem Autor**



Neubau der Flußquerung der Havel im Rahmen der Erdgasumstellung und Netzsanierung.

● Zum Autor

Dr. Rainer Karlsch studierte Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin und hat dort auch zum Dr. oec. promoviert. Er hat zahlreiche wirtschaftsgeschichtliche Veröffentlichungen verfasst bzw. herausgegeben, darunter „Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974“ (zusammen mit Raymond Stokes). Für sein Buch „Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53“ (1993) erhielt Karlsch 1996 den Ersten Preis der Stinnes-Stiftung. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der VNG erschien sein Buch „Vom Licht zur Wärme – Geschichte der ostdeutschen Gaswirtschaft 1855–2008“.

„Der Umbruch hatte eine kaum zu überschätzende Bedeutung für die Entwicklung der ostdeutschen Gaswirtschaft.“

„Vom Licht zur Wärme“ heißt ein neues Buch, das erstmalig die Geschichte der ostdeutschen Gaswirtschaft umfassend betrachtet. Geschrieben hat es der Berliner Wirtschaftshistoriker Dr. Rainer Karlsch. Wir sprachen mit dem Autor über die Entstehung des Buches.

Bereits 2003 haben Sie zusammen mit Raymond Stokes das Buch „Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974“ geschrieben. Die Energiebranche ist Ihnen also nicht fremd. Wo liegen die Parallelen und Unterschiede in der Entwicklung der Erdgas- und der Mineralölwirtschaft?

Es gibt eine Reihe von Unterschieden, aber auch Gemeinsamkeiten in der Entwicklung dieser beiden dominanten Energiebranchen. Was vielleicht

nicht jeder weiß: die Gasbranche ist der ältere Wirtschaftszweig. Gas wurde bereits Ende des 18. Jahrhunderts in England für industrielle Zwecke aus Steinkohle gewonnen.

Das Erdölzeitalter begann erst 1859 in den USA mit der ersten erfolgreichen Erdölbohrung in Titusville (Pennsylvania) durch den gelernten Eisenbahnschaffner (!) Edwin L. Drake. Kurz darauf setzte ein Petroleumboom ein, den der junge Kaufmann John D. Rockefeller wie kein anderer prägen sollte. Bis heute steht sein Name für Unternehmergeist und traumhafte Gewinne, aber auch für rücksichtslose Geschäftspraktiken und Monopolbildung.

Die von Rockefeller 1870 gegründete Standard Oil Company konzentrierte sich anfangs ganz auf den Petroleumhandel. Petroleum wurde das „Licht des kleinen Mannes“ und damit eine mächtige Konkurrenz für das ebenfalls als Leuchtmittel vor allem in Laternen verwendete Steinkohlengas. Das billig in den USA und später auch in Russland produzierte Petroleum überschwemmte den gesamten europäischen Markt, an den Börsen wurde bereits das Totenglöckchen für die Gaswirtschaft geläutet. Zum Glück gab es aber findige Köpfe, die nach neuen Anwendungsgebieten suchten und auf die Idee kamen, Gas auch zum Kochen oder zum Beheizen von Wohnungen und Fabriken einzusetzen.

Obwohl es alternative Anwendungen für Gas gab, erreichte der Wirtschaftszweig erst Ende der 1960er Jahre eine umfassende Bedeutung. Warum?



Dr. Rainer Karlsch

Signifikant wachsende Anteile am Energiemarkt konnte die Gaswirtschaft erst nach der Ablösung des Stein- bzw. Braunkohlengases durch Erdgas gewinnen. Entscheidend dazu beigetragen haben die großen Erdgasfunde Ende der 1960er Jahre und die Erdölpreiskrise 1973/74. Die Ölkrise war für die Regierungen der westlichen Welt ein Lernschock, so dass der bisher unterschätzte Energieträger Erdgas eine völlig neue Bedeutung bekam. Weil man vom arabischen und nordafrikanischen Öl wegkommen wollte, schlossen Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich Anfang der 1970er Jahre die ersten langfristigen Gasverträge mit der Sowjetunion. Danach begann die große Zeit des Gases, die bis heute anhält.

Das Buch „Vom Licht zur Wärme“ ist die erste umfassende Geschichte der ostdeutschen Gaswirtschaft. Warum haben Sie sich auf Ostdeutschland beschränkt?

Die ostdeutsche Gaswirtschaft weist einige interessante Besonderheiten auf, die es wert sind, dass man sie in einem Buch festhält. So nahm die Gasindustrie auf dem europäischen Kontinent ihren Anfang im damaligen Mitteldeutschland. Die ersten privaten Gasgesellschaften, das waren die Deutsche-Continental-Gas-Gesellschaft und die Thüringer Gasgesellschaft, wurden in Dessau und Gotha gegründet. Sie entwickelten sich zu den umsatzstärksten Unternehmen ihrer Branche.

In den 1920er Jahren verlagerte sich das Schwergewicht der Gaswirtschaft ins Ruhrgebiet. 1926 trat ein neuer, mächtiger Spieler auf den Plan: die Ruhrgas AG. Sie hatte von Anfang an ganz andere Chancen und Potenziale als die mitteldeutschen Gasgesellschaften, weil sich die mit Abstand größten Steinkohlevorkommen und Zechen an der Ruhr befanden. Die Ruhrgas AG konnte folglich auf einem ganz anderen Niveau beginnen und Kokereigase als Ferngase zur Verfügung stellen. Mit ihrer Gründung setzte eine Entwicklung ein, in deren Folge die Gaswirtschaft im Osten zwangsläufig zurückfiel. In der NS-Zeit setzte sich dieser Trend beschleunigt fort, zumal der Staat Autarkie-Technologien förderte und Unternehmen wie die „Reichswerke“ Hermann

Göring in Salzgitter gründete. Bei Kriegsende entfielen auf den Osten lediglich rund 10 Prozent der Kapazitäten der Gaswirtschaft.

Eine zweite Besonderheit der ostdeutschen Gasindustrie ist die enge Bindung an die Kohle, die bis zum Ende der DDR erhalten blieb. Während in Westdeutschland die Stadtgaszeit Ende der 1970er Jahre vorbei war, wurden in der DDR große Mengen von Stadtgas noch bis 1990 produziert. Das hing vor allem mit der Planwirtschaft und der Einbindung der DDR in den Ostblock zusammen. Das einzige Land, von dem man Öl und Gas beziehen konnte, war die Sowjetunion. Allerdings bekam man nie die ausreichende Menge an Rohstoffen, um die Wirtschaft der DDR zu modernisieren. Insofern bleibt im Osten eine Sonderentwicklung der Gaswirtschaft zu konstatieren.

Ein drittes Charakteristikum war die rasante Entwicklung nach 1990, als ein rasanter Aufholprozess einsetzte. Innerhalb von fünf Jahren bewerkstelligte die ostdeutsche Gaswirtschaft die Umstellung von Stadt- auf Erdgas. Das war in dieser Dimension beispiellos in der jüngeren Geschichte der Gaswirtschaft.

In Ihrem Buch zitieren Sie aus zahlreichen staatlichen Dokumenten, vor allem auch aus der DDR-Zeit. Wie tief mussten Sie dafür in die Katakomben der Archive vordringen?

Die Archive sind heute recht gut ausgestattet und man muss nur noch selten in „dunklen Kellern“ stöbern. Für meine Recherchen in den staatlichen Archiven, wie dem Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig oder dem Bundesarchiv in Berlin, konnte ich durchaus eine gute Infrastruktur nutzen. Problematischer ist es allerdings, wenn man an kleinere Unternehmen herantritt oder nach Unterlagen von Unternehmen sucht, die nicht mehr existieren.

Vielleicht noch am Rande: selbst verschollen geglaubte Filme und tausende von Dias vom Gasleitungsbau in den 1960er Jahren, der Inbetriebnahme des Gaskombinates Schwarze Pumpe und anderen Motiven habe ich zur Verwunde-



Fortsetzung von Seite 51

„Der Umbruch hatte eine kaum zu überschätzende Bedeutung für die Entwicklung der ostdeutschen Gaswirtschaft.“

rung der Archivare in verstaubten alten Kartons gefunden.

Die privaten Unternehmen der Gaswirtschaft sind Ihnen offensichtlich sehr positiv gegenübergetreten im Rahmen Ihrer Recherchen?

Das war in der Tat so. Deshalb möchte ich auch sehr gerne noch einmal meinen Dank an alle aussprechen, die unser Buchprojekt unterstützt haben. Eine solche Gesamtdarstellung der Geschichte der ostdeutschen Gaswirtschaft ist ja schon verschiedentlich angeregt worden. Insofern bin ich bei allen angefragten Firmen und Institutionen auf ein reges Interesse gestoßen.

Können Sie noch abschätzen, wie viele Bücher und Dokumente Sie in den letzten zwölf Monaten durchgeblättert haben?

Es waren sehr viele Bücher. Aber dabei bleibt es ja nicht. Man muss natürlich auch in die Fachartikel einsteigen. Und bei den Dokumenten geht es in die Tausende. Man kann allerdings nicht alles im Detail sichten, dafür reicht die Zeit beim besten Willen nicht. Meine Aufgabe bestand darin, aus der Vielzahl an Dokumenten die Wichtigsten auszuwählen und Entwicklungslinien sichtbar zu machen. Hier war also die Kunst der Auswahl und der Synthese gefragt.

Im Übrigen: weiterführende Literatur wird im Anhang meines Buches angeführt. Wer sich also noch gründlicher mit der Historie der Gaswirtschaft befassen möchte, sei darauf verwiesen.

Gab es angesichts der Vielzahl an Dokumenten irgendwann einen – wenn auch kurzen – Moment der Verzweiflung?

Momente der Verzweiflung gehören bei einem Projekt dieser Größenordnung dazu, beispielsweise, wenn Archive nicht das hergeben, was man erwartet. Wohl jeder Autor kennt zudem die Torschlusspanik, wenn man die Gesamtheit der gesichteten Dokumente und Unterlagen auf 250 Seiten komprimieren muss und der Termin der Drucklegung immer näher rückt. Doch wer mit diesem Druck nicht umgehen kann, der sollte besser keine Bücher schreiben.

Ganz wichtig in der Endphase waren die Diskussion der einzelnen Kapitel, die Abstimmung der Fotoauswahl, das Graphikdesign und vor allem das akribische Lektorat. Ohne die Unterstützung vieler VNG-Mitarbeiter, stellvertretend seien nur Siegbert Ketelhut, Walter Altmann und Birgit Schröder genannt, wäre es kaum zu schaffen gewesen.

Von der Gaslaterne über die Kokereien bis hin zur europäischen Energieregulierung – die ostdeutsche Erdgaswirtschaft hat in den letzten 153 Jahren viele interessante Geschichten geschrieben. Welche ist für Sie die Kurioseste?

Ich bin erst kurz vor Abschluss des Buches auf eine Berufsgruppe aufmerksam geworden, die ich vorher noch gar nicht kannte. Es handelt sich dabei um die sogenannten Gasschnüffler. Die gab es ungefähr seit der Jahrhundertwende bis in die DDR-Zeit hinein. Gasschnüffler waren durchaus qualifizierte Handwerker oder Arbeiter von Gaswerken, die undichte Stellen suchen sollten. Dafür sind sie mit der Nase am Boden auf der Straße entlang „gekrochen“. Später bekamen die Gasschnüffler dann Konkurrenz von Gasspürhunden. Von dem bekanntesten Gasschnüffler in Frankfurt/Oder ist überliefert, dass er seinen Job als eine sehr gesunde und körperertüchtigende Arbeit angesehen hat.

Der Beruf des Gasschnüfflers hatte übrigens einen ernstesten Hintergrund: damals starben in Preußen tausende Menschen an Gasunfällen. Das ist statistisch belegt. Deshalb musste man auch zu solchen, mitunter ungewöhnlichen Maßnahmen greifen und Gasschnüffler einsetzen, um den Einwohnern natürlich auch eine gewisse Scheinsicherheit zu geben.

Welche Rolle spielt ihrer Meinung nach der politische Umbruch in der Entwicklung der ostdeutschen Gaswirtschaft. Warum hat sie den Sprung vom Sozialismus zum Kapitalismus so schnell geschafft?

Der Umbruch hatte eine kaum zu überschätzende Bedeutung für die Entwicklung der ostdeutschen Gaswirtschaft. Um das zu verstehen, muss man nochmals auf die 1980er Jahre zurückblicken. In dieser Zeit befand sich die gesamte Branche im Osten in einer Krise, denn der Staat betrieb eine Politik zurück zur Kohle. Die DDR litt unter dem Mangel an Devisen und hat deshalb versucht, alles aus eigener Kraft herzustellen. Dazu gehörte auch Gas. Obwohl alle Experten wussten, dass die Stadtgasproduktion unwirtschaftlich und vor allem umweltschädlich war, wurde sie dennoch fortgesetzt. Noch 1988/89 wurden Pläne für den Bau eines weiteren großen Stadtgaskombinats aufgestellt. Mit Hilfe von „Schwarze Pumpe II“ sollten die Erdgasimporte aus der Sowjetunion reduziert werden! Kurzum: ein negativer Strukturwandel und ein Zurück zu überholten Technologien waren beabsichtigt.

Die Gaswirtschaft der DDR ist in dieser Zeit an die Grenzen des Wirtschaftssystems gestoßen, der politische Umbruch war ihre einzige Chance, um aus diesem Krisenszenario wieder herauszukommen. In den Wendejahren hat sie – natürlich auch bedingt durch den großen Druck aus der Bevölkerung – die umweltschädliche Stadtgasproduktion rasch herunterfahren müssen.

Wie sehr half es der Gasbranche, dass sie nach der politischen Wende – im Gegensatz zur Strombranche – eigenständig agieren durfte?

Das war in der Tat von entscheidender Bedeutung für den schnellen Wandel. Im Gegensatz zur Strombranche wurde einem Teil der ostdeutschen Gaswirtschaft die Chance eröffnet, sich auf eigene Beine zu stellen. Während nämlich bereits im Sommer 1990 ein Stromvertrag ausgehandelt wurde, bei dem sich die großen drei westdeutschen Stromkonzerne den Markt aufgeteilt haben, ging man in der Gasbranche andere Wege. Da denke ich vor

allem an die Ruhrgas AG, die bei der Privatisierung des leistungsfähigsten Teils der ostdeutschen Gaswirtschaft, dem VEB Verbundnetz Gas, darauf gesetzt hat, einen eigenständigen, starken Anbieter in Ostdeutschland aufzubauen. Das war meines Erachtens ausschlaggebend dafür, dass der Sprung in die Marktwirtschaft so gut geschafft wurde und der Wandel auch besser bewältigt wurde, als das in anderen Branchen der Fall war.

Fairerweise muss man natürlich auch sagen, dass die Chancen der Versorger im Gegensatz zu anderen Branchen größer waren, weil hier Hunderttausende von Kunden dranhängen, die sich nicht einfach über Nacht einen anderen Anbieter suchen können. In diesem Fall ist die Versorgungswirtschaft in der Tat krisenresistenter als zum Beispiel die verarbeitende Industrie, allerdings muss man die Chancen natürlich auch erst einmal nutzen.

Wird das Buch irgendwann fortgeschrieben?

Es gibt natürlich immer Fragen, die unbeantwortet bleiben oder Problemfelder, die man gerne noch angesprochen hätte. Ich trage mich schon mit dem Gedanken, das ein oder andere Thema zu vertiefen, zum Beispiel die Geschichte des russisch-deutschen Öl- und Gashandels.

Im nächsten Jahr wird am Deutschen Historischen Institut in Washington, D. C. eine Konferenz stattfinden, auf der es um das Auf und Ab der ostdeutschen Wirtschaft in den letzten 100 Jahren geht. Dort werde ich die Geschichte der Gaswirtschaft aus einer Langzeitperspektive zur Diskussion stellen.

● **Lesung am 19.1.2009**

Leben und Wirken von Carl Westphal

Dr. Rainer Karlsch:
Zur Geschichte der Thüringer Gasgesellschaft und ihres Direktors Dr. Carl Westphal

Veranstaltungsort:
Markkleeberg, Förderkreis Westphalsches Haus e.V.



Rainer Karlsch

Vom Licht zur Wärme

Geschichte der ostdeutschen Gaswirtschaft 1855–2008

Gebundene Ausgabe: 256 Seiten
Nicolaische Verlagsbuchhandlung GmbH,
Berlin (September 2008)
ISBN: 978-3-89479-490-3